

ELP - Antrag 13

Sylvia Köchl, Katarina Ferro

Die Parteikonferenz möge beschließen, dass die KPÖ-Delegierten der Gründungskonferenz der Europäischen Linkspartei beauftragt werden, das Thema Frauenhandel zu einem Kampagnenthema zu machen.

Begründung:

Das weiter zunehmende Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa zwingt immer mehr Frauen in die Sexarbeit in ihren Ländern bzw. zwingt sie, sich auf dubiose Arbeitsangebote aus dem Westen einzulassen, die sich nur allzu oft als Sexarbeit oder andere sklavenähnliche Arbeit entpuppen, deren Ausübung unter Gewaltandrohung erzwungen wird. Was dagegen auf gesetzlicher Ebene in der EU getan wird, ist viel zu wenig. Es müsste vielmehr darum gehen, diese extreme Ausbeutung von Frauen als logischen Teil des Kapitalismus zu analysieren, soziale Rechte für alle Sexarbeiterinnen ungeachtet ihrer Staatsbürgerinnenschaft zu fordern und gegen die Übergangsregelungen für die westlichen Arbeitsmärkte, die beim Beitritt der zahlreichen ost- und südosteuropäischen Staaten am 1. Mai 2004 vorgesehen sind, zu kämpfen, um diesen Frauen den Zugang zu menschenwürdiger Arbeit im Westen zu ermöglichen. Gleichzeitig muss alles getan werden, damit sich die soziale Lage in den osteuropäischen Ländern - auch jenen, die demnächst nicht der EU beitreten - verbessert.

Die Europäische Linkspartei kann bei einer Kampagne gegen Frauenhandel auf Bündnisse mit bestehenden Netzwerken von Frauenorganisationen in ganz Europa bauen, in denen schon heute zahlreiche Kommunistinnen engagiert sind.